



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

nach einer erfolgreichen Veranstaltung mit dem Bundesbeauftragten Roland Jahn in Essen, begann meine Woche in Berlin erst am Dienstagabend. Dabei beschäftigte auch mich die Frage im weiteren Umgang mit den Flüchtlingen. Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung werden auch Änderungen im Asylbewerberleistungsgesetz erforderlich sein. Als zuständige Berichterstatterin für meine Fraktion werde ich in den kommenden Debatten ein Auge darauf haben, dass die Vereinbarungen aus dem Flüchtlingsgipfel zwischen der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten der Länder auch umgesetzt werden.

Lesen Sie auf den folgenden Seiten, was in dieser Sitzungswoche ebenso diskutiert wurde.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein schönes Wochenende!

Herzlichst Ihre

Jutta Eckenbach MdB

## Flüchtlinge: geplante Vorhaben.

Die hohe Zahl der Flüchtlinge ist eine große Herausforderung für Deutschland und Europa. Deutschland hat diese Herausforderung angenommen, Europa aber noch nicht. Deshalb setzen wir darauf, dass wir bei den Beratungen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union einen erheblichen Schritt weiterkommen. Die Lasten in Europa müssen gerecht verteilt werden und die europäischen Regelungen von Schengen und Dublin müssen eingehalten werden.

Am Donnerstag trafen sich die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten der Länder zum so genannten Flüchtlingsgipfel. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Die Koalition hat ein Gesetzespaket vereinbart, das deutlich die Handschrift der Union trägt. Wir erwarten, dass dies auch mit den Ländern umgesetzt werden kann. Dieses Gesetzespaket entspricht unserem Grundsatz, denjenigen zu helfen, die ein Bleiberecht in unserem Land haben, und diejenigen schnellstmöglich zurückzu-

schicken, die hier nicht bleiben können. (Details siehe Infokasten)

Wir sind den zahlreichen hauptamtlichen Mitarbeitern und ehrenamtlichen Helfern dankbar, ohne die diese Herausforderung nicht zu bewältigen ist.

Die Gesetzgebungsverfahren in den kommenden Wochen werden zeigen, in welcher Form die Ergebnisse aus dem Flüchtlingsgipfel umgesetzt werden. Wichtig aus der Sicht der Kommunen wird nach wie vor sein, dass das Mehr des Bundes, das nun den Ländern zur Verfügung gestellt wird, auch zu 100% weitergeleitet wird - dies gilt besonders für NRW.



© Foto: Bundesregierung/Bergmann

## Geplante Änderungen:

- Aufnahme der Länder Albanien, Kosovo und Montenegro in die Liste der sicheren Herkunftsländer
- Personen aus den sicheren Herkunftsländern verbleiben in der Erstaufnahmeeinrichtung bis zum Ende des Asylverfahrens
- Folgeantragsteller verbleiben ebenfalls in der Erstaufnahmeeinrichtung
- befristete Erleichterungen im Bauplanungsrecht
- in den Erstaufnahmeeinrichtungen wird der Bargeldbedarf durch Sachleistungen ersetzt
- Geldleistungen werden nur einen Monat im Voraus gewährt
- die Höchstdauer der Aussetzung von Abschiebungen wird von sechs auf drei Monate herabgesetzt
- Integrationskurse werden für Geduldete mit Bleibeperspektive geöffnet



## Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge

Im Rahmen der aktuellen Diskussion um die Integration der Flüchtlinge wird immer wieder deutlich, dass eine schnelle Arbeitsmarktintegration am wichtigsten ist. Nur so kann eine schnelle Integration insgesamt erreicht werden und eine Entlastung der Sozialsysteme erfolgen.

Die Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat

sich dazu Gedanken gemacht und fordert u.a.:

- frühestmögliche Registrierung der Qualifikationen und Kompetenzen
- bedarfsgerechte Finanzierung der Integrationskurse zum Erwerb der deutschen Sprache und Vermittlung der Kultur und Grundwerte Deutschlands
- eine allgemeine Sprachförderung soll schnellstmög-

lich nach der Stellung des Asylantrages erfolgen

- in eine weitere berufliche Integration sollen alle maßgeblichen Akteure (BA, IHK, Handwerkskammer etc.) einbezogen werden

Diese und zahlreiche weitere Forderungen werden in der kommenden Woche vorgestellt.

Mehr unter: [www.JuttaEckenbach.de](http://www.JuttaEckenbach.de)

## Hilfen für Kommunen

Im Antrag, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einbringen, fordern wir die Regierung dazu auf, die kommunalfreundliche Politik des Bundes konsequent fortzusetzen. Obwohl originär die Länder für eine auskömmliche Finanzausstattung der Kommunen zuständig sind, unterstützt der Bund die kommunale Ebene bei

einer Vielzahl ihrer Aufgaben, etwa beim Breitbandausbau, der Energiewende, der Asyl- und Flüchtlingspolitik oder beim Aufbau moderner E-Government-Strukturen.

Auch kommunale Investitionen und die Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen sind mit Blick auf die kommunale Fi-

nanzlage von besonderer Bedeutung für uns. Am Vorabend trafen wir uns mit den Vertretern einzelner Kommunen in den Räumlichkeiten des Deutschen Städtetages in Berlin.



## Gesundheitspolitik

In dieser Woche berieten wir den Gesetzentwurf zum sog. zweiten Pflegestärkungsgesetz in erster Lesung. Darin werden die Pflegeversicherung und die pflegerische Versorgung durch einen neuen Bedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsinstrument auf eine neue Grundlage gestellt. In Zukunft fließen damit alle Einschränkungen – körperliche, geistige und psychische – in die Pflegeeinstufung ein. Außerdem sollen sämtliche Beratungsleistungen im Bereich der Pflegeversicherung sowie die rentenrechtliche Absicherung pflegen-

der Angehöriger verbessert werden. Den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ wollen wir stärken, genauso wie den „Pflege-TÜV“, der institutionell und inhaltlich auf eine neue Grundlage gestellt wird. So wird mehr Transparenz für die Angehörigen erreicht und die Ergebnisqualität des „Pflege-TÜVs“ in den Vordergrund gerückt.

Darüber hinaus demonstrierte das Klinikpersonal vieler bundesweiter Kliniken in Berlin zur geplanten Krankenhaus-

reform. Auch die Kath. Kliniken sind nach Berlin gereist. Die Teilnehmer aus Essen und ich vereinbarten, dass wir uns noch einmal zu diesem Thema zusammensetzen.



## Veranstaltungen

In dieser Sitzungswoche war es mir erst am Dienstagabend möglich nach Berlin zu reisen. Grund meiner späten Anreise war der Besuch des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn in Essen. Zum Abschluss der Ausstellung „Feind ist, wer anders denkt“ stellte



Am Donnerstag bin ich der Einladung der Stiftung Deutsche Anästhesiologie im Rahmen der Wo-



er sich den Fragen der Schülerinnen und Schüler der Realschule am Stoppenberg und der interessierten Bürgerinnen und Bürger. Wichtigste Botschaft:

**PRÜFEN, RUFEN, DRÜCKEN** - eine schnelle Reanimation rettet Leben! Umso früher wir alle es lernen, umso mehr können wir helfen, ein Leben zu retten. Reanimationskurse gehören in den Schullehrplan!

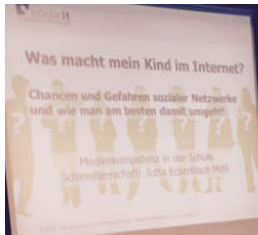


## Juttas Woche in Essen (12. bis 20. September)

Meine Woche in Essen habe ich am Montag mit einem Besuch bei den Kleinsten begonnen. Mit einem Spielepaket des Vereins „Mehr Zeit für Kinder e.V.“ unter dem Arm wurde ich von der Gesangsgruppe der Kita Katernberg begrüßt.



Von den Kleinen zu den Großen diskutierte ich mit interessierten Eltern im Rahmen meiner Schirmherrschaft zum Projekt erlebeIT am Abend in der Sekundarschule Stoppenberg. Der Umgang mit den sozialen Netzwerken - die Chancen und



die Gefahren - stand im Vordergrund der Diskussion. Eine Fortsetzung erfuhr die Diskussion am Dienstag, als wir noch einmal mit Schülerinnen und Schülern im Unterricht darüber sprachen.

Von Stoppenberg ging es für mich direkt nach Düsseldorf. Die Regionalleiterin (NRW) der Bundessagentur für Arbeit hatte Bundestagsmitglieder der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales zum Gespräch geladen. Auch hier bestimmte die Diskussion die Frage zum Umgang mit den vielen Flüchtlingen in NRW.

Das Thema Flüchtlinge setzte sich auch auf der Veranstaltung des Essener Caritasverbandes am Dienstagnachmittag fort. In Anlehnung an den bundesweiten MBE-Aktionstag trafen sich die Essener Migrationsberatun-



gen für erwachsene Zuwanderer (MBE) zum Dialog mit politischen Akteuren in den Räumen des Caritasverbandes. Erfreulich ist, dass die Forderungen aus Essen auch in Berlin gehört werden und im Rahmen der aktuellen Haushaltsdebatten auch eine Mittelserhöhung für die Migrationsberatung im Asylverfahren zu erwarten ist.

Am Donnerstag hat die Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (EWG) das Konzept „Medizintourismus Essen“ vorgestellt. Der Rat der Stadt Essen hatte im März dieses Jahres die EWG beauftragt, unter Beteiligung der Aktionsgemeinschaft „Essen forscht und heilt“, ein Konzept zum Thema „Medizintourismus/ Internationale Patienten“ zu entwickeln. Bei den kommenden Gesprächen werden wir weitere Konzepte erarbeiten,

wie der Wirtschaftsstandort Essen auch auf dem Gesundheitssektor ausgebaut werden kann.

Am Samstag schließlich fand eine Geburtstagsfeier statt. 110 Jahre! 110 Jahre Sozialdienst katholischer Frauen Essen-Mitte (SkF). Bereits im Vorfeld machte ich im Rahmen einer Pressekonferenz deutlich, dass wir schon viel geleistet haben, aber immer noch viel der Arbeit vor uns liegt. Auch hier fordert der Umgang mit den Flüchtlingen unsere ganze Aufmerksamkeit. Ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SkF für ihr Engagement und ihre tolle Arbeit!



### Kontakt

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227-72567  
Fax 030 227-76569

#### Büro Essen

Blücherstraße 1  
45141 Essen

Tel. 0201 80 67 38 68  
Fax 0201 80 6738 70

[www.JuttaEckenbach.de](http://www.JuttaEckenbach.de)

[www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB](https://www.facebook.com/JuttaEckenbachMdB)

[jutta.eckenbach@bundestag.de](mailto:jutta.eckenbach@bundestag.de)